Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 3 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummer 10 Pfge.
Auflage 35000 Exemplare.
Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.
Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 4 Uhr, 8 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Im Neubau nur an Wochentagen: pr. Klotzsche Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einhaltigen Zeilenzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Zeilenzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle der Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. **Domicilstelle für Wechsel.**

Emil Hirschfeld's Reit-Institut, Tattersall u. Pensionsstallungen, 2 Struvestrasse 2. Elegant und comfortabel eingerichtete Reitbahn, Garderoben u. Stallungen. Vorzüglicher Reitunterricht für Damen, Herren u. Kinder zu jeder Tageszeit. Ausleihen eleganter Reitpferde u. Fahrgeschirre zum Selbstkutschiren. Aufnahme von Pensionspferden. Grosse Auswahl von Reitpferden zum Verkauf.

Nr. 9. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Dunstig, stellenweise Aufheiterung, trocken, leichter Frost. **Dresden, Freitag, 9. Januar.**

Politisches.

Mit vieler Beflissenheit bestreiten die offiziösen Berliner Blätter, daß der deutsche Bundesrath sich in seiner ersten Sitzung im Neujahr mit der Auffindung neuer Steuern beschäftigt habe. Heutzutage trägt jeder wohlerzogene Mensch unter seiner Schädeldecke allerhand Steuerpläne mit sich herum; es ist daher wenig wahrscheinlich, daß die Excellenzen im Bundesrathe den Steuerprojekten den Abschied gegeben hätten. Sie vermieden es zwar, das Neujahr mit dem schärferen Anziehen der Steuerschraube, die ohnehin laut genug knarrt, zu beginnen; aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die Vorlegung einer Börsensteuer ist gewiß. Hiergegegen zu schreiben, bleibe das traurige Privileg der Blätter, die sich im speziellen Dienste der Börse tummeln. Jedermann sonst begreift die Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß der Wechsel von Grundbesitz nur unter Entrichtung hoher Gerichtsgebühren vor sich gehen darf, während der oft Millionen an einem Tage umfassende Austausch des mobilen Vermögens steuerfrei bleibt. Eine verständig veranlagte, die Elasticität des Börsenverkehrs nicht genirende Börsensteuer wird dem Grund und Boden, wird dem Hypothekenkredit zu Gute kommen. Anders hat man sich zu der Wiederaufwärmung der Biersteuer-Erhöhung zu stellen. In den Motiven des am letzten Reichstage unerledigt gebliebenen Biersteuergesetzes führte der Bundesrath es als wünschenswerth an, die norddeutsche Brausteuer dem bairischen Malzaufschlag zu nähern. Nun zeigt aber die bairische Regierung nicht die mindeste Neigung, zu einer solchen Gleichmäßigkeit der Bierbesteuerung im ganzen Reiche die Hand zu bieten. Vielmehr hat sie Ende vorigen Jahres einen 25procentigen Zuschlag zu dem ohnehin sehr hohen Malzaufschlage eingeführt. Soll Norddeutschland seine Biersteuer auch um so viel erhöhen? Es wäre wahrlich an der Zeit, nicht immer und ewig an die Erhöhung der Steuern zu denken; man sollte anfangen, auch den Theil des Bismarck'schen Steuerprogrammes zu verwirklichen, der von der Entlastung des Volkes handelte und der einen bis heutigen Tag noch nicht eingelösten Wechsel auf die Zukunft zog. Die Gründe, die gerade gegen die Erhöhung der Biersteuer sprechen, liegen nahe genug. Ein so beliebtes Genuß-, ein förmliches Nahrungsmittel, das Nationalgetränk unseres Volkes, das neben dem Kaffee am ehesten geeignet ist, dem so bedenklichen Branntweinconsum entgegen zu arbeiten, sollte man nicht vertheuern; man sollte eine der wenigen blühenden Industrien des Vaterlandes nicht schädigen. Neuerdings versucht man zwar, die Biersteuer-Erhöhung dadurch plausibler zu machen, daß man gleichzeitig auch die Branntweinsteuer erhöhen will. Das Letztere ist gewiß um so gerechtfertigter, als durch die neuerdings eingetretene Steuerbefreiung des zu gewerblichen Zwecken verarbeiteten Spiritus ein Ausfall an der Spiritussteuer sich einstellen wird. Jedenfalls erwarten wir von den sächsischen Reichstagsabgeordneten, daß sie an der Stelle, wo ihr Nein! eine Wirkung hat, gegen die Biersteuer ihr Nein! auch erheben, d. h. im Reichstage selbst. Ist erst das Unglück geschehen, helfen die Klagen nicht. Es wäre z. B. wirksamer gewesen, im Reichstage gegen das Gerichtsgebührengesetz zu stimmen, als nachher im sächsischen Landtage Klage über die hohen Sätze zu führen.

In Hamburg schüttelt man gar sehr den Kopf zu dem Vorhaben, die verkrachten Südseegründungen des Hauses Godeffroy mittelst Vorspannes von Reichspferden aus dem Sumpfe zu holen und dem braven Bleichröder als Fuhrmann dabei eine Acht-Millionenpeitsche in die Hand zu geben. Man hat in Hamburg doch dem jahrelangen Existenzkampfe der Firma J. C. Godeffroy u. Sohn zu nahe gestanden und die dabei angewandten Mittel zu deutlich gesehen und gefühlt, um mit gutem Gewissen bezeugen zu können, daß hier ein besonders würdiges Objekt für eine so außergewöhnliche Intervention der Reichsgewalt vorliege. Schon seit Jahren hat die Firma nur durch die gewagtesten Experimente das Hinabrutschen in den Abgrund aufzuhalten vermocht, an dessen Rande sie sich schon lange befand und der sie dann endlich, nachdem alle nur möglichen Auskunftsmittel erschöpft waren, verschlungen hat. Zum Anderen aber weiß man in Hamburg auch wieder zu viel von der wirklichen Natur der Südsee-Unternehmungen, um nicht über den Versuch, dieselben zu nationaler Bedeutung aufzubauschen, hoch erstaunt zu sein. In der öffentlichen Besprechung der Angelegenheit wird mit absichtlicher Beflissenheit der Umstand völlig übergangen, daß außer der Firma J. C. G. u. Sohn noch vier Hamburger Firmen existiren, welche ganz ähnliche Geschäfte nach und in der Südsee betreiben, wie bisher J. C. G. u. Sohn, wenn auch in etwas geringerem, aber gleichfalls zunehmendem Umfange, ohne daß irgend eine dieser Firmen Staatshilfe beansprucht hätte, aus dem einfachen Grunde, weil sie verstanden haben, den Umfang ihrer Engagements ihren Kräften anzupassen. Es ist deshalb auch kaum wahrscheinlich, daß sich für die demnächst zu erwartende Subscription auf die Aktien der neuen „Deutschen Seehandelsgesellschaft" große Betheiligung finden wird.

Präsident Grévy wird die nach den Ferien zusammentretenden Kammern nicht mit einer feierlichen Botschaft eröffnen; das neue Ministerium wird sich vielmehr darauf beschränken, sein Programm zu entwickeln. Die Amnestie der noch nicht begnadigten Kommunarden befindet sich jedoch nicht auf der Palette Freycinets, er fürchtet einigermaßen das allzugrelle Roth. Daher eröffnen denn auch die Blätter der Radikalen den Feldzug gegen die „dunklen Ehrenmänner" der neuen Regierung. Diese hat die „Säuberung" der Verwaltung von regierungsfeindlichen Beamten energisch in Arbeit genommen. Man beginnt im Finanzministerium; die Chefs der Zollverwaltung, der direkten und indirekten Steuern, des Sekretariats, der Buchhaltung u. s. w. sind bereits abgeschlachtet und durch mehr oder weniger fähige Republikaner ersetzt. Bereits aber erkennt man, daß diese Republikanisirung, richtiger gesagt, Plebejisirung des öffentlichen Dienstes für die Verwaltung nicht unbedenklich ist. Die „Gesinnung" thuts nicht allein; zu tüchtigen Beamten gehören Erfahrung, Routine und Geschäftsbildung, lauter Dinge, die man nicht aus Büchern lernen kann.

Trotz der Niederwerfung des jüngsten Afghanen-Aufstandes fühlen sich die Engländer nicht sonderlich sicher in dem von ihnen unterworfenen Gebiete. Namentlich flößt ihnen die Flucht Abdurrahamans auf russisches Gebiet Sorge ein. Dieser Afghanenhäuptling genießt in seinem Volke außerordentliche Verehrung. Tapferkeit, Kriegsruhm, Energie und Einfluß würden ihn den Engländern als ein sehr geeignetes Oberhaupt des Afghanenreichs empfehlen, da diese Eigenschaften kein anderer Thronprätendent vereinigt; leider steht er aber, wie sich aus dem in Kabul aufgefundenen Schriftstücken ergiebt, direkt im Solde Rußlands, zu dem er sich nunmehr wieder geflüchtet hat. Man besorgt, daß er im Frühjahre von dort aus einen neuen Aufstand der Afghanen arrangiren wird. Auch die von den Russen für's Frühjahr geplante neue militärische Expedition nach Merw sehen die Engländer mit schlechtverhehltem Mißtrauen an.

Die italienischen Staatsmänner haben es für nöthig befunden, in Wien Entschuldigungen über die skandalösen Vorgänge beim Begräbniß des Generals Avenazza vorzubringen. Baron Haymerle, der österreichische Reichskanzler, hat jedoch die ganze Angelegenheit von Oben herab behandelt, viel mehr als dies den Herren in Rom lieb zu sein scheint. Das italienische Ministerium rechnete auf einen lebhaften Dank ob der „loyalen Haltung", die es in dieser Affaire eingenommen habe. Diese Anerkennung ist ihm jedoch sehr kühl ausgedrückt worden. Baron Haymerle vertritt die Anschauung, daß die „Italia irredenta" mehr eine innere Verlegenheit für die italienische Regierung als eine Gefahr für Oesterreich sei und er hat dem entsprechend, weit entfernt, die erwähnten Vorgänge zum Gegenstand von Beschwerden zu machen, der italienischen Regierung sozusagen sein Beileid ob des unangenehmen Zwischenfalls ausdrücken lassen. In Rom wird man die Ironie wohl merken, aber man muß dieselbe ruhig über sich ergehen lassen. Die Minister Miceli und Depretis hatten den Häuptern der Annexionspartei erklärt: ihnen liege, wie allen Italienern, der Erwerb von Triest und Trient gar sehr am Herzen, sie seien früher bereits als Soldaten zur Eroberung von Triest und Trient unterwegs gewesen und würden auch dahin zurückkehren; aber vorläufig dürfe Italien Oesterreich keinen Vorwand zum Angriff bieten, da Italien schwach und machtlos sei, während Oesterreich durch sein neuerliches Wehrgesetz sich bedeutend gestärkt habe. Und nun leugnen dieselben Herren keck ab, was sie versichert haben. Da ist mitleidiges Hohnlächeln die einzige mögliche Antwort und sie hat der neue Reichskanzler Oesterreichs ertheilt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 8. Januar. Der nach Wien versetzte frühere hiesige Botschafter Rußlands, von Oubril, ist heute früh hier eingetroffen. Die Fürstin Bismarck ist nach Varzin abgereist.

Berlin, 8. Januar. Im Abgeordnetenhause stand auf der Tagesordnung der Etat des Handelsministeriums. Der Handelsminister Hofmann führte aus, weshalb das preußische Handelsministerium demjenigen Beamten übertragen sei, der in der preußischen Reichsverwaltung den Handel und das Gewerbe vertrete. Je weiter sich die handelspolitische Thätigkeit des Reichs entwickle, desto mehr werde die Mitwirkung des preußischen Ministers beansprucht, da Preußen bei der Handelspolitik des Reichs das entscheidende Gewicht in die Wagschale werfe. Hierauf genehmigte die Kammer die Etats des Handelsministeriums, des Staatsarchivs u. a. m.

Wien, 8. Januar. Die „Politische Korrespondenz" meldet unter Reserve aus Cettinje, daß die Albanesen von Gusinjes heute früh gegen die montegrinischen Truppen ausrückten, letztere aber, streng beordert, den Kampf zu vermeiden, zurückgezogen wurden. In der Rückwärtsbewegung wurden sie dann von den Albanesen angegriffen, der Kampf begann um 9 Uhr früh.

Konstantinopel, 7. Januar. Bulgarische Miliztruppen haben sich mit Gewalt in den Besitz der griechischen Kirche in Philippopel gesetzt. Mleko Pascha hat in Folge dessen die Schlüssel zur Kirche in Verwahrung genommen.

Locales und Sächsisches.

— Mit dem vorgestrigen ersten großen Hofball wurde die Fasching-Saison am Mittwoch in solenner Weise eingeleitet. Das hohe Königspaar beehrte das Fest bis gegen ½12 Uhr mit seiner Gegenwart; auch die Prinzlich Georg'schen Herrschaften wohnten dem Feste bei. J. K. Hoheit Prinzeß Mathilde, die mit diesem ihrem ersten Hofballe nunmehr in die große Welt trat, betheiligte sich am Tanze mit Lebhaftigkeit. Einer ihrer ersten Tänzer war S. Hoheit der Prinz Alexander von Sachsen-Weimar. Es waren gegen 800 Einladungen ergangen, zahlreiche Landtagsabgeordnete waren erschienen, unter denen sich Se. Majestät der König mit Vorliebe bewegte. Die Ballmusik wurde vom Musikchor des Schützenregiments ausgeführt. Zwei opulent ausgestattete Büffets waren errichtet. Besonders das für die allerhöchsten Herrschaften bestimmte Büffet wird als ein Meisterstück culinarischer und dekorativer Kunst geschildert. Es baute sich aus auserlesenen Delikatessen, Blumen und Gold- und Silbergeschirren auf. Namentlich sollen die Jagdstücke malerisch-wirksam gruppirt gewesen sein.

Morgen findet königliche Jagd auf Döblener Revier statt, zu welcher sich Se. Maj. der König und Se. K. H. Prinz Georg, umgeben von ihren resp. Herren Flügel- und persönlichen Adjutanten, früh gegen 8 Uhr vom kgl. Schlosse resp. Schloßplatze aus begeben werden. Eine Anzahl distinguirter Persönlichkeiten hat Einladung zu derselben erhalten. Die kgl. Jagdtafel findet gegen ½6 Uhr Nachmittags im Residenzschloß statt.

— Die Ueberführung der Leiche weiland Sr. Excellenz des Generallieutnant und Generaladjutanten Sr. Maj. des Königs, Krug v. Nidda nach dem Bahnhofe — dieselbe wird in der v. Falckenstein'schen Familiengruft in Frohburg(?) beigesetzt — findet heute Nachmittag, jedoch einem Wunsche des Verstorbenen entsprechend, ohne die übliche Trauerparade, sowie ohne militärische Begleitung statt. Dagegen werden der um 11 Uhr stattfindenden Einsegnung der Leiche, außer Sr. Maj. dem König, wahrscheinlich noch sämmtliche Generäle und Stabsoffiziere beiwohnen.

— Post. Wenn in einer der letzten Nummern d. Bl. die Gegenstände aufgeführt waren, für welche die Postverwaltung dem Publikum gegenüber Ersatz leistet, so war doch nicht erwähnt, daß für die eingeschriebenen Briefe, Geldbriefe und Postanweisungen, welche den Landbriefträgern von Landbewohnern zur Beförderung nach der Postanstalt mitgegeben werden, Seitens der Post nur bis zur Höhe von 150 Mark Garantie geleistet wird. Es ist keine Vertrauenssache, wenn dem Landbriefträger höhere Geldbeträge wie bis 150 Mark mitgegeben werden.

Landtag. Gestern traten wieder beide Kmn. zu Sitzungen zusammen. Die erste Kammer genehmigte den Umtausch der abgestempelten Greiz-Brunner und Gößnitz-Geraer Eisenbahnaktien gegen Proc. Rente (Ref. Müller) und trat auf Vortrag Sr. K. H. des Prinzen Georg den von der 2. Kr. bezüglich der veränderten Aufstellung des Budgets gefaßten Beschlüssen bei. Abgelehnt wurden dagegen die Anträge der 2. Kr. auf Unterbreitung von Gesetzesvorlagen über Feststellung der Wirksamkeit der Oberrechnungskammer und deren Verantwortlichkeit, insbesondere auch den Ständen gegenüber, sowie über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates. Bezüglich der gesetzlichen Feststellung der Wirksamkeit der Oberrechnungskammer nahm v. Erdmannsdorf das Wort. Die Selbstständigkeit der Oberrechnungskammer sei vollständig gewahrt und die auf ihren Antrag veränderte Budgetaufstellung, die allgemeine Anerkennung gefunden, beweise, daß ihr Einfluß ein genügender sei. Diese neue Behörde, die nebenbei 71,300 Mk. koste, genüge durchaus; sie biete sogar mehr als wir brauchen. Kein Ministerium sei so koulant in Mittheilung auch der kleinsten Gesetze, als das unsere, und keine Ständeversammlung mache ausführlicheren Gebrauch davon als die sächsische. Wenn ein absolutistisches Ministerium den Vorschlag gemacht hätte, das ganze Rechnungswesen in die Hand einer kgl. Behörde zu legen, würde gewiß ein großes Geschrei entstanden sein. Er wolle, aus konstitutionellen Rücksichten, daß das Rechnungswesen von den Ständen geprüft werde, nicht von einem kgl. Beamten. (Diese scharfe Betonung der konstitutionellen Rechte des Landtags durch den Führer der 1. Kammer, der neuerdings seine in der letzten Zeit etwas geminderte Energie wiederzukunden zu haben scheint, fand lebhaften Applaus.) — Die zweite Kammer setzte die Berathung über den Justizetat fort. Durchberathen wurden die Kapitel 18, Oberlandesgericht und Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgerichte nebst Kanzleien, und 19: Land- und Amtsgerichte, sowie Staatsanwälte (letzteres nur zum Theil). Das Oberlandesgericht zu Dresden ist künftig der oberste Gerichtshof in Sachsen und steht an Bedeutung für die sächsische Justiz hinter dem aufgehobenen Oberappellationsgerichte nicht zurück. Der Gehalt des Präsidenten wurde mit 14,400 M., der der 5 Senatspräsidenten mit je 11,100 M. genehmigt. Betreffs der Zahl und der Besoldungen der Räthe gingen die Meinungen auseinander. Die Regierung hat 26 Räthe eingestellt; eine Deputationsminderheit (Mirbach, Georgi, Penzig), der in der Debatte Abg. Freytag beitrat, wollte nur 24 bewilligen. Zwar accertirte die Kr. schließlich 26 Räthe, ermäßigte jedoch die Besoldungen etwas. Sie genehmigte 4 Rathsstellen à 9000 M., 4 à 8400 M., 5 à 7800 M., 5 à 7200 M., 4 à 6600 M., 4 à 6000 M. etatmäßig und 600 M. transitorische persönliche Zulagen zur Erfüllung des bereits bestehenden etatmäßigen Gehaltes. Das Kapitel Land- und Amtsgerichte bringt die Veränderungen, welche in der Justizverwaltung durch die Reichsgesetze bedingt werden, besonders zur Anschauung. Nicht nur daß die Zahl der selbstständigen Richterstellen, um den Anforderungen der Reichsgesetze zu genügen, wesentlich hat vermehrt werden müssen, sondern es haben auch die größte Anzahl der Berufsstellen eine andere und höhere Bedeutung erhalten. Die Einnahmen bei diesem Titel haben eine ansehnliche Erhöhung erfahren, die im Wesentlichen auf der beabsichtigten Erhöhung der Taxen für die freiwillige Gerichtsbarkeit beruht. (Eine solche Erhöhung kann aber nur durch Gesetz eingeführt werden und da ein solches noch nicht vorliegt (allerdings sagte der Minister das baldige Erscheinen zu), so sah die Kr. von der seitens der Regierung vorgeschlagenen Erhöhung der Einnahmen um 400,000 Mark ab. Die Gesammt-Einnahme wurde mit 6,431,700 Mark eingestellt. Die Besoldung der sieben Landgerichtsräthe wurde zusammen mit 61,500 Mk. bewilligt, die der 32 Kammerdirektoren mit 207,000 Mk. Abg. Freytag hatte eine Erhöhung der letzteren Summe auf 225,600 Mk. beantragt, damit aber wenig Glück gehabt. Gegen eine Aeußerung Freytags, wonach Handelsrichter nur Statistendienste leisteten, legte Abg. Walter sehr entschieden Verwahrung ein. Der wichtigste Titel ist der, welcher die sämmtlichen übrigen selbstständigen Richter, nämlich 90 Landgerichtsräthe und 245 Amtsrichter, umfaßt. Betreffs der Besoldungen traten hier verschiedene Meinungen auf. Nach der Regierungsvorlage, die schließlich auch mit 39 gegen 29 Stimmen Annahme fand, sollen bedacht werden je 70 Stellen à 3600, 4200, 4800 und 5400 Mk., 30 à 6000, 15 à 6600, 6 à 7200 und 4 à 7500 Mark. Eine ähnliche Skala schlug Sekretair Dr. Böhme vor, nur mit dem Unterschiede, daß in derselben die Gehaltssätze um je 300 Mk. steigen (von 3600 bis 7500 Mk.). Die Deputationsmajorität wollte 20 Stellen à 3000 Mk. schaffen. Eine Minderheit Oehlschlägel u. Gen. wollte auch die oberen Gehaltsklassen abmindern (Marinalgehalt 7200 Mk.). In der Debatte verwendeten sich die Abgg. Dr. Minckwitz, Prüfer und Penzig für die von der Regierung vorgeschlagenen Gehaltssätze. Viel Vergnügen machte es, als Letzterer es im Interesse einer gedeihlichen Rechtspflege bezeichnete, daß die Amtsrichter sich in einem gewissen Alter verheiratheten. Und daß sie in 3 Jahren ein oder mehrere Kinder haben, fügte Abg. Kirbach in seiner Replik hinzu. Heute wird die Berathung fortgesetzt.

— Zu den beim Oberlandesgerichte zugelassenen Rechtsanwälten ist, wie wir hören, nun auch einer der bewährtesten Advokaten Sachsens, Herr Justizrath Dr. Schaffrath getreten.

— Mit dem ersten „Eisschuß" hatten die Kanoniere auf dem Königstein diesmal kein Glück; der pränumerando fällige Schuß kam nämlich erst postnumerando, denn als er früh 4 Uhr in das stille Elbthal hinabdonnerte zum Zeichen, daß das Eis jetzt komme, da war es schon lange gekommen und ruhig bereits durchgegangen. Wie aus Königstein berichtet wird, war es durch einen Zufall (solche Zufälle können Unfälle werden) versehen worden, nach der Festung im Voraus die nöthige Mittheilung zu geben und so war, als gegen Mitternacht die Depesche auf dem Königstein anlangte, die Signal-Mannschaft unvorbereitet.

— Seit vorgestern ist das vielbeklagte Zusammenschweißen der ganz auf verschiedenen Bedürfnissen fußenden Pferdebahnlinien Plauen-Dresden und Blasewitz-Dresden für einige Zeit wieder fixirt worden, da das Fehlen eines Standwagens in der Stadt Dresden (Böhm. Bahnhof) der Gesellschaft zu vielen Schaden gebracht haben soll. Während früher bei jedem ankommenden Bahnzug unsere Landbewohner einen Wagen der Pferdebahn bereit fanden, um in die entlegensten Stadttheile für 10 bis 15 Pf. fahren zu können, wollte die Gesellschaft diesen Wagen sparen und natürlich nahm der Verkehr enorm ab. Da die Bahn wie das meiste Publikum besser fortkommen, wenn in